

Dringliche Interpellation SVP-Fraktion vom 24. Februar 2014

## Führungs- und Personalprobleme in der Staatskanzlei?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 25. Februar 2014

Die SVP-Fraktion hält in ihrer dringlichen Interpellation vom 24. Februar 2014 fest, dass in jüngster Zeit im Zusammenhang mit personellen Wechsels die Amtsführung der Staatskanzlei thematisiert worden sei. Es herrsche ein angespanntes Arbeitsklima. Auch sei die Zahl der vollzogenen oder erwarteten Kündigungen aussergewöhnlich.

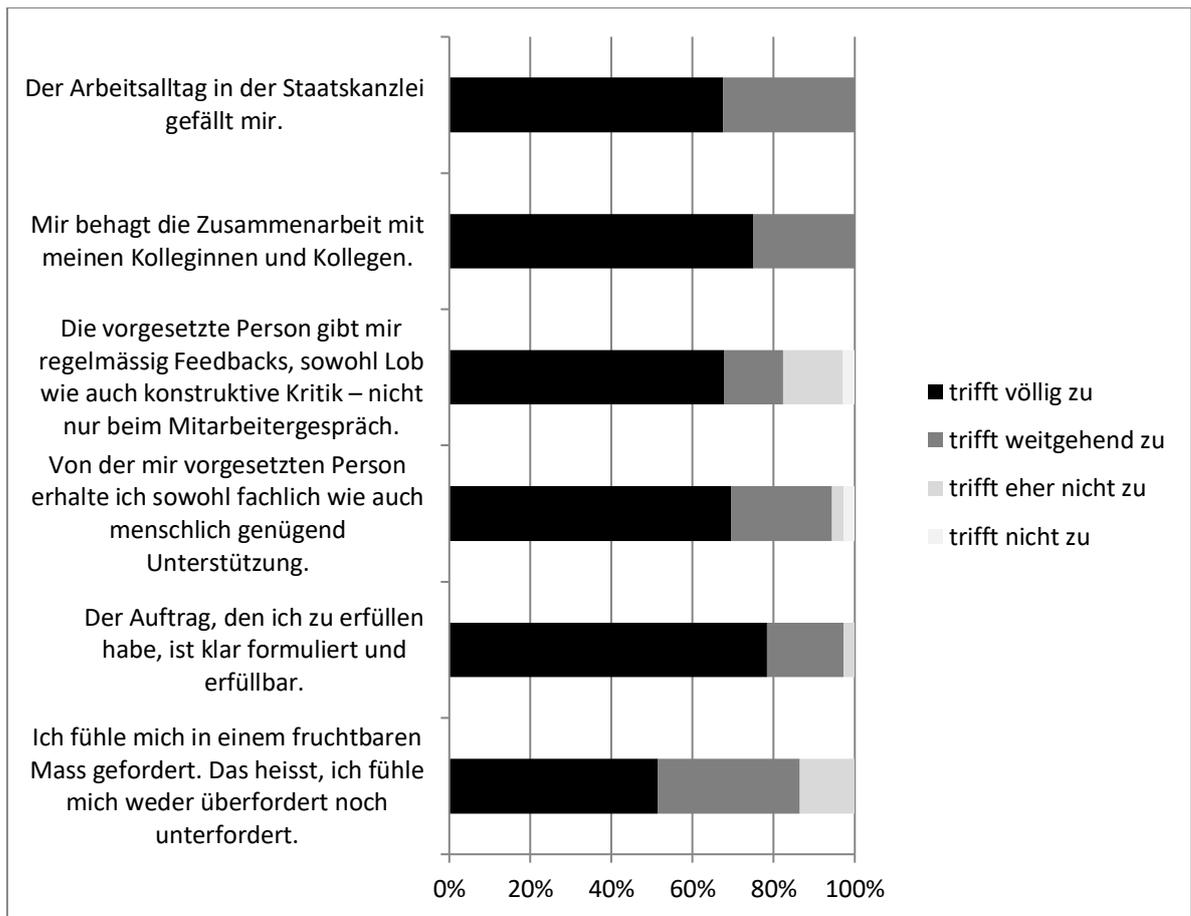
Die Regierung beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Es ist nachvollziehbar und entspricht allgemeiner Erfahrung sowohl in öffentlichen Institutionen wie auch in der Privatwirtschaft, dass der Weggang insbesondere von Kadermitarbeitenden beim Personal zu Unsicherheit führen kann. Die bevorstehenden Übertritte des Leiters des Ratsdienstes sowie des Leiters der Dienststelle Recht und Legistik in den Ruhestand haben mutmasslich ebenfalls solche Reaktionen ausgelöst. Mit der inzwischen erfolgten Wahl der beiden Nachfolger ist das auslösende Moment der Unsicherheit dahingefallen.

Gemäss Leitbild der Regierung zur Personalpolitik ist es Aufgabe von Vorgesetzten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Zusammenarbeit in der Verwaltung zu fördern und deshalb – unter anderem – für ein gutes Arbeitsklima durch gegenseitige Achtung und Unterstützung zu sorgen. Ob dieser Vorgabe nachgelebt wird, ist durch regelmässige Mitarbeiterbefragungen zu überprüfen.

- a) Im Rahmen des mit der ISO-Zertifizierung verknüpften Quality Management Systems (QMS) führt die Staatskanzlei regelmässig Umfragen über die Mitarbeiterzufriedenheit durch. Letztmals fand eine solche Umfrage turnusgemäss im August 2013 statt. Daran beteiligten sich knapp 80 Prozent der Mitarbeitenden. Die Umfrage ergab durchwegs gute Resultate. So wurde die Zusammenarbeit von nahezu sämtlichen Mitarbeitenden positiv bewertet. Dabei bewerteten 94 Prozent der Mitarbeitenden die fachliche und menschliche Unterstützung durch die vorgesetzte Person als weitgehend oder völlig genügend. Die Frage, ob die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern behage, wurde von allen Mitarbeitenden zu 75 Prozent als völlig und zu 25 Prozent als weitgehend zutreffend beantwortet. Die Feststellung, dass der Arbeitsalltag in der Staatskanzlei gefällt, stiess bei 68 Prozent der Mitarbeitenden mit «trifft völlig zu» und von 32 Prozent der Mitarbeitenden mit «trifft weitgehend zu» auf Zustimmung. Die Kategorien «trifft eher nicht zu» und «trifft nicht zu» wurde bei beiden letztgenannten, für die Bewertung des Arbeitsklima relevanten Fragen nicht angekreuzt.

Die grafische Auswertung der QMS-basierten Umfrage ergab in Bezug auf die das Arbeitsklima betreffenden Fragen folgendes Bild:



Bezüglich der Mitarbeiterzufriedenheit in der Staatskanzlei lässt sich anhand des aus den Antworten zu allen 13 Fragen extrapolierten, gewichteten Wertes folgende Entwicklung aufzeigen:

Jahr	Wert der Mitarbeiterzufriedenheit (in %)
2005	73,00
2008	77,77
2011	76,15
2013	77,00

b) Die von einem aussenstehenden Consulting-Unternehmen periodisch über die gesamte Staatsverwaltung durchgeführte Personalbefragung zeitigte im Jahr 2012 für die Staatskanzlei folgendes Ergebnis bezüglich der Mitarbeiterzufriedenheit, basierend auf den Kriterien gemäss Leitbild zur Personalpolitik:

Ziel im Leitbild zur Personalpolitik	Indikator	Ergebnis 2012	Ergebnis 2012 qualitativ
<b>Wir fördern die Zusammenarbeit in der Verwaltung und achten deshalb auf</b>			
einen partnerschaftlichen Führungsstil	Zufriedenheit mit Führungsstil der direkt vorgesetzten Person	5,5	sehr positiv
ein gutes Arbeitsklima durch gegenseitige Achtung und Unterstützung	Zufriedenheit mit Zusammenarbeitsklima	5,4	sehr positiv

2. Es bestand kein Anlass, Massnahmen zu treffen.
3. Der Regierung sind keine Beschwerden bekannt.
4. Im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 31. Dezember 2013 sind 16 Mitarbeitende, die in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis gestanden sind, aus der Staatskanzlei ausgetreten, und für vier Mitarbeitende endete das Arbeitsverhältnis aus Altersgründen. Die Arbeitsverhältnisse dauerten zwischen fünf Wochen (Auflösung während der Probezeit) und knapp 15 Jahre.

Elf der 16 Mitarbeitenden haben das Arbeitsverhältnis von sich aus gekündigt. Bei zwei dieser Mitarbeitenden war das Sparpaket Auslöser für den Austritt aus dem Staatsdienst.

Mit drei Mitarbeitenden wurde die Auflösung des Arbeitsverhältnisses einvernehmlich vereinbart. Seitens des Arbeitgebers sind zwei Kündigungen ausgesprochen worden; beim einen Mitarbeiter waren es krankheitsbedingte Gründe (Beendigung der Ausrichtung des Krankheitslohns), beim anderen Mitarbeiter gaben ungenügende Leistungen den Ausschlag.

5. Die Ausschreibung für die Nachfolge im parlamentarischen Kommissionsdienst erfolgte im Dezember 2013. Das Bewerbungsverfahren ist einstweilen sistiert.